Unbeugsam oder unbelehrbar? Bruer und Prior in der Kali-Debatte

Haben in der Kali-Debatte wenig zu lachen, halten aber an ihrem Kurs fest: Klaus Bruer (oben) und Friedhelm Prior. FOTOS: GOSSMANN (2), ABU AJAMIEH

IN ZAHLEN

500

Arbeitsplätze sollen durch die Wiederinbetriebnahme des Kaliwerks entstehen, K+S hat Investitionen im mittleren dreistelligen Millionenbereich angekündigt.

5

Jahre hat K+S im Fall einer Genehmigung des Bergwerks-Neustarts Zeit, die Anlage tatsächlich wieder in Betrieb zu nehmen. Der Konzern hat bereits angekündigt, aufgrund der aktuellen Lage auf dem Weltmarkt zumindest einen Teil der Frist auszunutzen, ehe er endgültig über die Wiederinbetriebnahme entscheidet.

Für die einen sind sie Nervensägen und Blockierer, für die anderen die einzigen, die sich beim Kali-Bergwerk um Landschaft und Umwelt scheren. Klaus Bruer und Friedhelm Prior kommt in der Debatte um den Neustart eine zentrale Rolle zu. Was treibt sie an?

Von Tarek Abu Ajamieh

Im Jahr 2016 wurde der Neustart des Giesener Kali-Bergwerks abschließend genehmigt. Moment! Das stimmt doch gar nicht! So steht es zwar immer noch auf den Informationstafeln zum angestrebten Zeitstrahl des Düngemittelkonzerns K+S an dessen Gebäuden in Giesen und Ahrbergen: Planfeststellungsbeschluss 2016. Doch dann kam alles ganz anders.

Vor allem, weil zwei Männer gemeinsame Sache machten, die sich davor über Jahrzehnte – zumindest öffentlich – meist nur angegiftet hatten: Klaus Bruer und Friedhelm Prior. Seither schwillt vielen Verantwortlichen bei K+S, in der Landesregierung und auch in ihren eigenen Parteien der Kamm, wenn man nur die Namen erwähnt. Für viele Umweltschützer und einige Anlieger ist das unwahrscheinliche Politik-Duo hingegen ein Bollwerk gegen die Allmacht der Konzerninteressen.

▸ Das Wasser

Was war passiert? Eine Wiederinbetriebnahme des Giesener Bergwerks setzt eine Genehmigung durch das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) voraus. Diese wiederum kann es nicht geben, ohne dass sich LBEG und Landkreis auf eine Genehmigung zur Einleitung von Salzabwasser in die Innerste verständigen.

Letzteres schien 2016 schon sicher. Die Kreisverwaltung hatte Höchstmengen und Maximal-Konzentrationen für verschiedene Stoffe präsentiert. Sie wollte K+S einen schnellen Start in Giesen ermöglichen. Schon vorher, bei der sogenannten landesplanerischen Feststellung als Basis für das Genehmigungsverfahren, hatte die Verwaltung zufrieden erklärt, sie habe K+S eine „Steilvorlage" geliefert.

▸ Der Machtkampf

Doch dann kam Prior, damals noch einfaches Mitglied der seinerzeit oppositionellen CDU-Fraktion im Kreistag, auf die Idee, das sogenannte Einvernehmen mit dem LBEG sei nicht zwingend Sache der Verwaltung. Der Kreistag könne diese Entscheidung auch an sich ziehen. Eine Expertise aus dem Umweltministerium in Hannover bestätigte ihn. Nach einigen Hakeleien beschloss der Kreistag im März 2017 – inzwischen bildeten die von Bruer geführte SPD und die CDU mit Prior als neuem Fraktionschef dort die Mehrheit – das Votum über die Salzwasser-Einleitung an sich zu ziehen.

Die „Steilvorlage" landete also im Aus. Denn seither bewegt sich nichts, so lange der Kreistag nicht grünes Licht gibt. Das tut er bisher nicht. Und aktuell sieht es auch nicht so aus, als werde sich daran in der letzten Sitzung vor den Sommerferien am Montag etwas ändern. Denn Bruer und Prior sehen noch viele ungeklärte Fragen.

▸ Die Partner

Friedhelm Prior legt in jedem Gespräch mit der Presse Wert darauf, bei diesem Thema nicht so im Vordergrund zu stehen: „Ohne Klaus Bruer ginge das alles nicht", sagt er. Der SPD-Fraktionschef wiederum hat kein Problem damit, Prior das Feld zu überlassen: „Wie er sich da reingefuchst hat, ist enorm." Und so geben sich die beiden, die sich im Sarstedter Stadtrat und im Kreistag über die Jahre viele heftige Wortgefechte geliefert haben, immer wieder gegenseitig Rückendeckung.

Die brauchen sie auch, denn die Kritik ist massiv. Beispiel IHK: Deren Vizepräsident Jens Koch schimpfte, die Haltung des Landkreises sei „kein gutes Beispiel moderner und zuverlässiger Standortpolitik". Koch sprach von „übermäßigem Formalismus". Eine neue Bürgerinitiative für das Bergwerk warf Bruer und Prior eine „durchsichtige Verzögerungstaktik" und eine „besserwisserische Haltung gegenüber den Fachbehörden" vor.

Worte, hinter denen als Mitglieder auch der Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal, der Landtagsabgeordnete Markus Brinkmann und der Ex-Abgeordnete Hermann Rappe (alle SPD) stehen. In der CDU schimpfte die Mittelstandsvereinigung, der Standort Hildesheim werde gefährdet, ein schleuniges Verfahren sei nötig, es gehe um viele Jobs. Die Genehmigung dürfe nicht „zum Politikum werden".

▸ Die Aufseher

Wenn Friedhelm Prior so etwas hört, guckt er immer etwas ungläubig. Weil all diese Argumente für ihn am Kern der Sache vorbeigehen: „Es geht nicht um dafür oder dagegen oder darum, was jemand will oder nicht, sondern darum, dass die Gesetze eingehalten werden", sagt der Heiseder. „Ich habe natürlich nichts gegen Arbeitsplätze und eine starke Wirtschaft, aber der rechtliche Rahmen muss stimmen." Neuerdings betont er, dass der Kreistag, also die gewählten Volksvertreter im Kreis, eine Aufsichtsfunktion gegenüber der Kreisverwaltung habe.

Darin schwingt mit, was schon lange brodelt: Prior findet, dass die Kreisverwaltung das Thema bisher nicht vernünftig bearbeitet hat und dass sie das auch weiterhin nicht tut. Im Fokus steht für ihn Umweltdezernent Helfried Basse, der rechtliche und technische Fragen rund ums Bergwerk nicht ausreichend habe prüfen lassen.

Indirekt trifft die Kritik auch Landrat Olaf Levonen, der die Wiederinbetriebnahme des Bergwerks grundsätzlich befürwortet. Fachlich verlässt er sich auf Basse und sitzt ansonsten zwischen den Stühlen: Er will mit der Kreistags-Mehrheit zusammenarbeiten, sich aber zugleich vor seinen Mitarbeiter stellen. Basse wiederum setzt auf Gespräche mit K+S, LBEG und Umweltministerium, deren Ergebnisse die Kreispolitik aber nicht befriedigen.

▸ Der Wühler

Was Prior sich unter einer intensiven Prüfung vorstellt, demonstriert er seit Monaten. Zitiert Urteile baden-württembergischer Verwaltungsgerichte aus den 90er-Jahren, Verordnungen, Gesetze und technische Beschreibungen. Liest auch 200 Seiten lange Anträge bis aufs letzte Komma. Und wundert sich, dass alle anderen Beteiligten das nicht auch tun. In manchen Wochen arbeitet Pensionär Prior quasi in Vollzeit an dem Thema, gerüstet durch seine Berufserfahrung als Referatsleiter für Gefahrenabwehr im Innenministerium von Sachsen-Anhalt.

Man kann das als Bremsen wirtschaftlicher Entwicklung empfinden. Als Beispiel für zu viel Bürokratie, die Investitionen hemmt. Man könnte sagen, wer nur lange genug sucht, findet natürlich immer etwas. Zumal Prior auch immer neue Sachen findet.

Doch was für seine Kritiker im besten Fall übertrieben, im schlimmsten Fall manisch ist, ist für ihn Pflicht. Würde ihm jemand sagen, er solle doch mal Fünfe gerade sein lassen, würde er wohl todernst antworten, fünf sei nun einmal keine gerade Zahl. Punkt. Die Bürokratie ist für Prior, so widersprüchlich das klingt, ein Instrument, um Bürger und Umwelt vor der Willkür des Staates zu schützen. „Wir können doch nicht alle wichtigen Entscheidungen irgendwelchen Behörden überlassen. Dann ist es bald Essig mit der Demokratie!", sagt er. Jeder Appell, doch nicht alles immer komplizierter zu machen, jede Forderung, das Ganze doch bitte Fachleuten zu überlassen, motiviert ihn noch mehr. Dann recherchiert er neue Gerichtsurteile, Gesetzestexte und Statistiken.

„Er braucht immer ein Papier, das etwas belegt, und dann eins, das das erste Papier belegt", sagt ein Fraktionsmitglied schmunzelnd. Was nichts daran ändert, dass die Christdemokraten im Kreistag – bis auf den früheren Fraktionschef Christian Berndt – Priors Kurs stützen.

▸ Der Moralist

Vor allem aber macht auch die SPD mit. Insbesondere Klaus Bruer. Wo Prior mit dem Recht argumentiert, setzt Bruer auf Ethik. Man habe nun einmal eine große Verantwortung dafür, was in den nächsten Jahrzehnten mit Innerste, Landschaft und Grundwasser in der Region passiere, sagt er. „Da können wir das doch nicht einfach abnicken!" Die Kritik prominenter Parteifreunde ärgert ihn zwar gewaltig, ebenso wie das Geläster mancher K+S-Mitarbeiter, man müsse sich von einem pensionierten Schulleiter nicht den Bergbau erklären lassen.

Bremsen tut ihn das nicht. „Ich muss keine Karriere mehr machen, ich tu das nicht für mich", sagt er. Und regt sich auf, „dass ein Konzern wie K+S zufrieden damit ist, die Technologie von vor 100 Jahren anzuwenden, anstatt innovativ zu sein". Das Unternehmen wiederum beteuert, der Stand der Technik habe sich eben nicht geändert. Was Bruer „im Ingenieursland Deutschland irgendwie seltsam" findet.

▸ Die Kardinalfrage

In den Meinungsverschiedenheiten zwischen Bruer einerseits und Sozialdemokraten wie Bernd Westphal, Markus Brinkmann oder Hermann Rappe andererseits spiegelt sich aber auch einer der vielen Identitätskonflikte der SPD insgesamt: Ist die Partei eher für die Umwelt oder eher für die Wirtschaft da?

Für Bruer gilt wie für Prior: Seine Fraktion steht trotz – oder gerade wegen – aller Attacken von außen hinter ihm. Ein Faktor, den die Befürworter einer schnellen und positiven Entscheidung zum Kaliabbau wohl ebenso unterschätzt haben wie die Beharrlichkeit des Duos.

Das sitzt heute Vormittag in einer Runde mit Umweltminister Olaf Lies, LBEG-Chef Andreas Sikorski und Landrat Olaf Levonen. Lies hat 45 Minuten Zeit, eine Einigung zwischen LBEG und Landkreis zur Salzwasser-Einleitung herbeizumoderieren. Das dürfte kaum reichen. Das Ende des Zeitstrahls ist offen.

„Wir lassen uns das nicht ewig bieten!"

Ulrich Göbel, Sprecher von K+S, wirft dem Kreistag vor, den Genehmigungsprozess grundlos zu verzögern.

Die nächsten Schritte im Verfahren

Nach dem Gespräch heute bei Umweltminister Lies ist am kommenden Montag der nächste wichtige Termin: Dann berät der Kreistag (16 Uhr, Kreishaus, öffentlich) über das Thema Salzwasser-Einleitung. Die Beteiligten halten eine Entscheidung derzeit für unwahrscheinlich. Das LBEG hat auf Nachfrage betont, es gebe keine Frist, innerhalb derer der Landkreis sich äußern oder das Einvernehmen herstellen müsse. Allerdings könnte das Umweltministerium den Fall an sich ziehen und anstelle des Landkreises entscheiden. Zudem könnte K+S das LBEG verklagen, wenn das Verfahren aus Sicht des Konzerns zu lange dauert. Wie die Verwaltungsgerichte damit umgehen würden, ist unklar.